

24. IX. 1915

*Die Aufgaben des Vorkriegsvereins
Hörsatz.*

II
66

nales Kredite und langfristiger billiger Darlehen zu finden und die durch den Krieg für die Städte neu aufgeworfenen Probleme, die nach dem Kriege Aussicht auf erhöhte kommunal-soziale Tätigkeit, insbesondere auf dem Gebiete der Versorgung mit ausreichenden und billigen Lebensmitteln, des Marktverkehrs, der Kleinwohnungen, der Kriegerheimstätten, der Schaffung von Zweckverbänden usw. eröffnen, einer gedeihlichen Lösung zuzuführen. Nicht minder werden diese wichtigen Fragen einer gründlichen Reform der bestehenden Kommunalverwaltung und -Verfassung sowie die kommunale Besteuerung gerade in der ersten Zeit nach dem Kriege eine erhöhte Aufmerksamkeit beanspruchen.

Der Regierung wird der Verband als sachverständiger Beirat in allen gemeindlichen Angelegenheiten zur Seite stehen können, wie denn andererseits die deutsche Städtevereinigung durch stete Fühlungnahme mit der Regierung auf deren kommunalpolitische Maßnahmen wirksamen Einfluß zu üben in der Lage sein wird. Diese wechselseitige Unterstützung kann beiderseits nur von fruchtbaren Folgen begleitet sein. Die Gemeinden sind die Zellen des Staatskörpers; sie gesund zu erhalten und einer kräftigen Entwicklung zuzuführen, liegt daher im allseitigen und insbesondere auch im Interesse des Staates. Seinem Verwaltungszwecke kann darum die Gründung eines Städteverbandes nur förderlich sein, welcher satzungsgemäß berufen sein wird, die Wohlfahrt der ihm angehörenden Gemeinwesen zu pflegen, die Gemeinschaft unter den Städten zu wahren, die Kenntnis der Ausbildung ihrer Einrichtungen untereinander zu vermitteln und die Gemeinde in juristischen und wirtschaftlichen Fragen zu beraten. Die Gründung der deutschen Städtevereinigung kann daher nur wärmstens begrüßt werden.

Johann Hubritius.

Bürgermeister der Stadt Marienbad.

Die Kurstadt Marienbad begrüßt mit lebhafter Freude den endlich angebahnten Zusammenschluß der deutschösterreichischen Stadtverwaltungen zu gemeinsamer Interessenarbeit in einem Städtetag nach reichsdeutschem Muster.

Die Aufgaben dieses Städtetages werden gerade jetzt in den Zeiten bitterer Kriegszeit, die für die Stadtverwaltungen eine Menge neuartiger brennender Fragen zu lösen geben, von weittragender Bedeutung, Wichtigkeit und Vielseitigkeit sein. Neben der kommunalen Finanznot, die speziell bei den Kurstädten, welche trotz kaum nennenswerter Einnahmen gezwungen waren, ihren gesamten kostspieligen Betrieb voll aufrecht zu erhalten, dringlich geworden ist, wird das wichtige Problem der allgemeinen, ständig wachsenden Teuerung, nicht minder der unleugbare Lebensmittelpreisanstieg sicherlich im Vordergrund der Erörterungen stehen. Daneben erscheint es uns aber auch unumgänglich notwendig, daß die Städte im Interesse ihrer hausbesitzenden Bevölkerung endlich einmal mit allen Kräften auf ein gerechtes und zeitgemäßes Hauszinssteuergesetz hinarbeiten, das zwischen „Erwerb“ und „Geschäft“ unterscheidet und dem Hausbesitzer noch die Möglichkeit einer gesunden Existenz läßt.

Otto Gubner.

Bürgermeister der Stadt St. Pölten.

Die Stadt St. Pölten, der Sitz des Ersten österreichischen Städtetages im Jahre 1901, begrüßt die jetzige Einberufung eines allgemeinen Deutschösterreichischen Städtetages und die Gründung eines solchen Städtebundes, der nicht nur die Statutarstädte, sondern auch die ja so zahlreichen bedeutenden Gemeinwesen ohne eigenes Statut zu einem gemeinsamen Vorgehen auf allen Gebieten der Gemeindevirtschaft vereinigt und verbindet, auf das wärmste. Gerade in der heutigen großen Zeit, in welcher den deutschen Städteverwaltungen für Gegenwart und Zukunft so gewaltige Aufgaben erwachsen, wo unsere deutsche Bürgerschaft den Kern und das Rückgrat des zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwunges unseres Staates zu bilden, die aber unvermeidlichen Schäden des Krieges zu heilen haben wird, kann eines einigen Zusammenwirkens seitens der volksbewußten Städte Österreichs gar nicht entzogen werden.

Julius Schaidler.

Bürgermeister der Stadt Steyr und Landtagsabgeordneter.

Ich kann von dem kommenden Städtetag und der damit zusammenhängenden Gründung der Vereinigung

deutschösterreichischer Städte nur Gutes erwarten. Lange genug haben die deutschösterreichischen Städte nebeneinander gelebt, ohne auch nur in Fragen gemeinsamer Interessen sich umeinander zu kümmern. Dies wird hoffentlich jetzt anders werden.

Eine Vereinigung dieser Städte bildet eine Kraftgruppe von so hoher wirtschaftlicher und auch nationaler Bedeutung, daß ihre Stimme nicht ungehört bleiben wird. Es ist hohe Zeit dazu; die deutschösterreichischen Städte haben gewiß einen schweren Stand, der ihren Vertretungen viel Sorge macht. Die Anforderungen in kulturellen und anderen Belangen sind ungemein hoch und steigern sich von Jahr zu Jahr. Die finanzielle Lage hindert oft die Durchführung der besten Absichten. Aber auch der Förderung ihrer Entwicklungs- und selbst oft ihrer Ausdehnungsfähigkeit wird bei uns beiderseits nicht jenes Entgegenkommen bewiesen, das im deutschen Nachbarreiche herrscht.

Durch eine kräftige, gemeinsame Vertretung wird sich vieles verbessern lassen; einerseits durch gegenseitige Unterstützung der Mitglieder, sowohl durch Schaffung von günstigeren Kreditmöglichkeiten, als auch durch Vermittlung des Austausches gemachter Erfahrungen und durch Erteilung von Ratschlägen auf den verschiedensten Gebieten des städtischen Verwaltungslebens, andererseits durch Einwirken auf die maßgebenden Kreise, den Bedürfnissen der Städte mehr Aufmerksamkeit zu schenken als bisher. Gerade das verflossene Kriegsjahr zeigte deutlich als Folge des mangelnden Zusammenwirkens der Städte schwere Nachteile. Sowohl ihrer Approvisionierung als auch ihren Verwaltungs- und sonstigen Bedürfnissen wurde maßgebendorts in dieser schweren Zeit viel zu wenig Beachtung und Förderung bewiesen. Vielen Städten wurden trotz aller Vorstellungen die besten Verwaltungskräfte entzogen, wodurch sie oft in die peinlichste Lage versetzt wurden und heute noch schwer darunter leiden. Manche Schädigung und Zurücksetzung hätte sich durch gemeinsames Auftreten verhindern oder mildern lassen.

Eine durch die Gründung der Städtevereinigung zu erhoffende Besserung der Lebensmöglichkeiten der Städte würde auch in vielen Fällen ein Aufblühen dieser Gemeinwesen bedeuten, das wieder jedem einzelnen Gemeinangehörigen zugute kommt, so daß wohl jeder, gleichviel welchem Stande angehörend, die geplante Vereinigung und den Städtetag freudig begrüßen muß.